

Stadtratssitzung am 20. Mai 2021

In der Anton-Wolf-Halle fand unter Einhaltung der Corona-Regelungen die Sitzung des Stadtrates statt. Zahlreiche Besucher, die vor allem Interesse an dem Baugebiet bei Ilmendorf hatten, waren als Zuhörer vertreten.

**Ehrung langjähriger  
Stadträtinnen und  
Stadträte**

Der Bayerische Staatsminister des Inneren, Sport und Integration, Joachim Herrmann hat mehrere langjährige Mitglieder im Stadtrat ausgezeichnet. Aus unseren Reihen wurden Dr. Wolfgang Hollweck und Günter Böhm für ihr verdienstvolles Wirken in der kommunalen Selbstverwaltung geehrt. Beide sind seit dem Jahr 2002 Mitglied im Geisenfelder Stadtrat. Auch wenn bei der Ehrung durch den Innenminister die zeitliche Komponente den Ausschlag gab, wissen wir vor Ort, dass unsere beiden Vertreter in dieser langen Zeit großes Engagement und Kreativität in ihre Arbeit eingebracht haben. Daher freuen wir uns gemeinsam mit den beiden Kollegen sehr über deren Auszeichnung. Herzlichen Glückwunsch!

**Aufstellung eines  
Bebauungsplanes in  
Ilmendorf; Vorstellung  
eines Konzeptentwurfes**

Zwischen der Staatsstraße B 16 und der angrenzenden Bebauung soll ein neues Baugebiet in Ilmendorf entstehen. Es soll folgende Merkmale aufweisen:

- 25 Baugrundstücke mit einer Größe von ca. 285m<sup>2</sup>
- Wohnfläche je Haus ca. 120m<sup>2</sup>
- Photovoltaikanlagen auf allen Gebäuden
- Baugleiche Bauweise
- KfW Standard
- Tagwasserversickerung
- CO<sub>2</sub> neutrales Wohnen
- Kaltes Nahwärmenetz
- ...

Die Bauwerber können an den Gebäudegrundrissen und bei der Energieversorgung keine eigenen Wünsche einbringen.

In der Sitzung waren unterschiedliche Auffassungen zu diesem Bauvorhaben zu erkennen. Einige Kolleginnen und Kollegen waren von dem ressourcenschonenden Umgang beim Bau und beim Betreiben der Wohnungen sehr begeistert und würden der Realisierung daher wohl zustimmen. Zumal dadurch dann auch ein Lärmschutzwall errichtet würde, der allen Ilmendorfern nützen könnte. Andere sahen die wenig dörfliche Siedlungsform, die Enge auf den öffentlichen Flächen – keinerlei Parkflächen für Besucher, Einbahnstraßenregelung wegen der geringen Straßenbreite – und natürlich die schlechte Wohnlage in der Nähe der B16 als Ausschlusskriterium für dieses Baugebiet. In einer Informationsveranstaltung sollen die Ilmendorfer Bürgerinnen und Bürger über das Vorhaben informiert werden und sich dazu auch äußern können. Die unterschiedlichen Auffassungen sind auch in unserer Fraktion vorhanden und es wird wohl auch von unserer Seite zu diesem Punkt kein einstimmiges Votum geben.

**Bebauungsplan  
„Braglwiesn“**

Ein sehr langes Planungsvorhaben nähert sich wohl nun dem Ende, denn die eingegangenen Stellungnahmen wurden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen. Sie führen aber zu keinen Änderungen des

vorliegenden Bebauungsplanes, so dass nun mit der Realisierung begonnen werden kann.

**Errichtung einer  
Fußgängerlichtsignalanlage**

Auf Höhe des Gasthofes Birnthaler soll eine Fußgängerampel errichtet werden. Dazu wurden bereits im Vorfeld mit der Straßenbauverwaltung in Ingolstadt und der Stadt Geisenfeld Gespräche über die Errichtung und den Unterhalt der Ampel geführt. Dem Vorhaben, das den Schulweg für unsere Schulkinder sicherer macht, wurde vom Gremium zugestimmt.

**Antrag der USB/ILM-  
Fraktion auf Änderung der  
Gemeindeverordnung über  
öffentliche Anschläge**

Bei dem Antrag geht es vor allem darum, dass bei Wahlen nur noch an bestimmten Stellen Plakate von Parteien aufgestellt werden dürfen. Dabei sollen alle Parteien eine gleich große Fläche für ihre Werbung erhalten. Der Antrag ist auf unserer Homepage eingestellt und kann somit eingesehen werden. Als Begründung für unseren Antrag, der mit dem gleichen Inhalt vor einigen Jahren von der Mehrheit des Gremiums abgelehnt wurde, waren uns das Schonen von Ressourcen, die Beeinflussung des Aussehens unseres Gemeindegebietes und die Verkehrssicherheit sowie die Chancengleichheit für alle politischen Gruppierungen wichtig. Damit konnten wir diesmal die Mehrheit des Gremiums überzeugen. Der Antrag wurde bei nur vier Gegenstimmen angenommen und die Verwaltung beauftragt, den Vorschlag umzusetzen.

**Erlass der  
Hundesteuersatzung**

Im Gemeindegebiet werden die fälligen Steuern für das Halten von Hunden verdoppelt. So sind für jeden Hund nun 40,- € zu entrichten. Für das Halten von „Kampfhunden“ werden 500,- € pro Jahr fällig. Ausgenommen sind davon nur Hunde, die zu bestimmten Aufgaben – z. B. Bergrettung etc. – eingesetzt werden.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, ich konnte Ihnen einen Einblick über die Mai-Sitzung des Stadtrates geben.

Ihr

Reinhard Bachmaier